

Es gilt das gesprochene Wort!

**„Fest der Solidarität und Sozialen Gerechtigkeit“
der KAB Würzburg**

am 21. September 2013 in Haßfurt

Rede von

Barbara Stamm, MdL

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Anrede,

ein Sprichwort lautet: *„Wo keine Gerechtigkeit ist, ist auch kein Friede.“* Eine gewichtige Aussage – wie ich finde! Denn in diesem Satz wird deutlich, welchen Stellenwert die Gerechtigkeit in unserem Zusammenleben hat. Die KAB gehört immer wieder zu den mahnenden Stimmen bei diesem Thema, aber auch zu den Initiatoren, wenn es darum geht die Werte von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit in die Öffentlichkeit zu tragen.

Als stets hörbare Stimme der bayerischen Arbeitnehmer ist die KAB Würzburg ein Herzstück bayerischer Sozial- und Vereinsgeschichte, das über all die Jahre hinweg sich als eine lebendige und engagierte Gemeinschaft in wichtigen sozialen Fragen erwiesen hat. Das Selbstverständnis als Kirchenbewegung und politische Bewegung, das im Grundsatzprogramm der KAB festgelegt ist, macht den christlichen Sozialverband der KAB nicht nur zu einem unverzichtbaren Impulsgeber,

sondern auch einem durchaus kritischen Partner der Politik auf Augenhöhe.

Der Mensch in Beziehung zu seiner Arbeit auf den Grundpfeilern der christlichen Soziallehre steht im Mittelpunkt der KAB. Die Arbeit ist von zentraler Bedeutung für jedes menschliche Leben; durch sie wird die unvergleichbare Würde aller Menschen verwirklicht – so ist es im Grundsatzprogramm der KAB zu lesen. Immer wieder hat die KAB aus christlicher Verantwortung dazu beigetragen, dass die Welt unserer Arbeit und unseres sozialen Zusammenlebens solidarischer und menschlicher wird. Die KAB leistet entscheidende Impulse, dass anstelle eines entfesselten Marktes, in der sich der Mensch der Ordnung der Wirtschaft zu fügen hat, die Grundsätze der katholischen Soziallehre gehört, verstanden und befolgt werden. Nicht zuletzt ist es auch der KAB zu verdanken, dass der grundlegende Wandel des Industriezeitalters friedlich und ohne tiefe soziale Umbrüche bewältigt wurde.

Ich betone dies bewusst, weil wir mitten in einem ähnlichen, in einem **grundlegenden Wandel** stehen. Solidarität, Gerechtigkeit, angstfreie Lebensverhältnisse, materielle Sicherheit, Bildung – alle diese Themen haben sich noch längst nicht erledigt. Im Gegenteil: Die

Wirtschafts- und Finanzkrise vor einigen Jahren hat die Menschen zutiefst und nachhaltig verunsichert. Angst um den Arbeitsplatz, um das Ersparte, um ein relativ sorgenfreies Leben im Alter, um die Zukunft der nachfolgenden Generationen bestimmt bei vielen den Alltag.

In diesem Zusammenhang geht es auch immer wieder um die Frage „*Wie gerecht geht es in unserer Gesellschaft zu?*“ Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat vor einigen Wochen genau diese Frage in einer repräsentativen Studie gestellt. Die Ergebnisse halte ich wirklich für bemerkenswert – und zwar unter anderem deshalb, weil der Auftraggeber eine von Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden getragene Denkfabrik ist und kein Wohlfahrtsverband und keine Gewerkschaft:

Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass es in Deutschland eine große Gerechtigkeitslücke gibt – und dass diese Lücke immer größer wird. Fast 70 Prozent sagen, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gerecht sind. Und der Politik wird auch kein gutes Zeugnis ausgestellt: 64 Prozent meinen, dass trotz der großen Summen, die durch Steuern und Sozialabgaben umverteilt werden, die Politik die Unterschiede zwischen

Arm und Reich nicht verringert, sondern sie sogar noch größer macht.

Anrede

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass mich diese Zahlen beunruhigen. Noch dazu, weil die Ergebnisse kein „Ausrutscher“ zu sein scheinen, sondern wir in vielen anderen Erhebungen und Umfragen der letzten Jahre immer wieder ähnliche Einschätzungen haben. Heißt das, dass wir einem Traum, einer Utopie hinterher jagen?

Ganz so einfach ist es nicht. Um es gleich vorweg zu nehmen: Wir müssen diese Ergebnisse sehr ernst nehmen. Denn wenn ein großer Teil der Menschen in unserem Land enttäuscht ist von unserer Gesellschaft und nicht an ihre Gerechtigkeit glaubt – dann ist das ein Problem. Denn bei der Frage nach Gerechtigkeit, nach Aufstiegschancen und Teilhabemöglichkeiten geht es ganz zentral um die Frage nach der Stabilität unserer Gesellschaft – und z.B. auch darum, ob die Menschen bei uns dazu bereit sind, sich für die Gemeinschaft einzusetzen oder eben nicht.

Zunächst einmal stehen wir vor einem ganz simplen **Definitions-Problem: Was ist denn eigentlich „ge-**

recht“? Wenn wir an den juristischen Bereich denken – sicherlich das Fundament der Gerechtigkeit –, dann würden wir zunächst sagen: **Gleichbehandlung**. So formuliert etwa unser Grundgesetz viele wichtige Regeln mit Absolutheitsanspruch, etwa: *„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“* (Art. 3 Abs. 1 GG), *„Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit“* (Art. 2 Abs.2 S. 1 GG) oder auch *„Niemand darf wegen der selben Tat zweimal gerichtlich bestraft werden“* in der Bayerischen Verfassung (Art. 104 Abs. 2 BV).

Verfassungs- und Menschenrechte sind also offenbar zentrale Bestandteile von Gerechtigkeit – und sie müssen für alle und ohne Einschränkung gelten. Wenn wir anfangen, hier zu unterscheiden: Dann finden wir uns in einer Gesellschaft wieder, die etwa Schwarze oder Frauen oder Menschen bestimmter Religion als Menschen „zweiter Klasse“ behandelt. Das – da sind wir uns sicher einig – kann nicht gerecht sein.

Und trotzdem ist **„Gleichbehandlung“ nicht identisch mit Gerechtigkeit**. Manchmal kann es sogar ungerecht sein, alle gleich zu behandeln. Lassen Sie mich Ihnen als Beispiel eine **Karikatur** schildern. Auf dem Bild sehen Sie einen Elefanten, einen Vogel, einen Affen,

einen Fisch, eine Schnecke und einen Seehund. Offenbar sind alle diese Tiere in eine Art Bewerbungsverfahren geraten, denn vor ihnen steht ein Mann im Anzug, deutet auf einen Baum und sagt: *„Damit es gerecht zugeht, erhalten Sie alle die gleiche Aufgabe: Klettern Sie da hoch!“*.

Anrede

Der Affe findet das wahrscheinlich eine gute Idee, und der Vogel kriegt es auf seine Weise bestimmt auch hin. Aber die anderen?

Alles über einen Kamm scheren heißt also nicht unbedingt, die Dinge gerecht zu behandeln. Wir sind nun mal nicht alle gleich, und **Gerechtigkeit heißt auch, dass wir diese Unterschiede berücksichtigen müssen.**

Nur leider gehen damit die Probleme erst richtig los. Denn heißt das dann, dass eine gerechte Gesellschaft alle Unterschiede ausgleichen muss? Zum Beispiel beim Thema Geld: Muss eine gerechte Politik dafür sorgen, dass alle gleich viel haben? Oder ist es im Gegenteil ungerecht, wenn der Staat durch Steuern den einen etwas nimmt, um es anderen zu geben? Und wenn wir einen Mittelweg suchen wollen und die Unterschiede akzeptieren: Wie viel Unterschied ist dann

gerecht? Ist es gerecht, wenn die einen im Geld schwimmen – und andere nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen? Oder ist es ungerecht, wenn jemand, der viel leistet, auch viel hat?

Auch in der Umfrage, die ich am Anfang erwähnt habe, wird das Problem übrigens deutlich: Jeder Zweite findet laut der Untersuchung z.B. einen höheren Spitzensteuersatz gerecht. Wenn man aber darauf hinweist, dass der aktuelle Höchstsatz schon ab einem Jahreseinkommen von 53.000 Euro greift, dann hält nur noch eine Minderheit von 17 Prozent diese Belastung für zu gering.

Sie sehen: Bei der sozialen Gerechtigkeit sind wir sofort drin in sehr schwierigen Fragen, und mitten drin in den Emotionen. **Seit der Bankenkrise ist das Gefühl der Ungerechtigkeit dabei nach meinem Empfinden gewachsen.** Es herrscht der Eindruck, dass gierige Banker und systemrelevante Banken zwar mit Steuergeld gerettet wurden – sich aber am System selbst nur wenig geändert hat und alles weitergeht wie bisher. Aktienkurse schnellen nach oben, sobald ein Unternehmen Entlassungen ankündigt. Manager verdienen Millionen – ein Vielfaches dessen, was ihre Belegschaft

erhält –, und selbst wenn sie eine Firma an den Rand der Pleite geführt haben, werden sie mit hohen Abfindungen verabschiedet – ein Hohn für die Beschäftigten, die stattdessen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. All das sind Entwicklungen, die die Menschen zu einem Großteil als ungerecht empfinden.

Gleichzeitig gibt es am anderen Ende der Skala immer mehr Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Und für Menschen mit Defiziten – Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, Obdachlose oder Jugendliche mit sozialen Schwierigkeiten – scheint es immer weniger Verständnis und immer weniger Geld zu geben.

Ist das gerecht?

Anrede

Gerechtigkeit hat viel mit Gefühlen zu tun, und nicht immer sind diese Gefühle klar zu definieren. **Viele scheinbare Ungerechtigkeiten lassen sich beim näheren Hinschauen erklären und auch entkräften.** Und wenn wir einmal ehrlich sind, dann sind wir mit dem Urteil „*Das ist ungerecht!*“ manchmal auch etwas vorschnell – und dabei nicht immer sachlich und nicht immer „gerecht“!

Aber fest steht, dass wir es in einigen Bereichen mit gefühlten oder tatsächlichen Gerechtigkeits-Defiziten oder zumindest mit Fragezeichen zu tun haben. Das ist beim Thema „**soziale Gerechtigkeit**“ und der **Verteilung von Armut und Reichtum** so, das ist beim Thema „**Bildungsgerechtigkeit**“ der Fall oder auch immer wieder bei der **Geschlechtergerechtigkeit**. Denken Sie an die vor kurzem so intensiv geführte „Sexismus-Debatte“. Laut einer Umfrage [GEO, 2007] fühlt sich jede fünfte Frau wegen ihres Geschlechts benachteiligt. Auch dazu habe ich vor kurzem einen treffende **Karikatur** gesehen, die eines der Probleme gut auf den Punkt bringt: Eine ältere Dame sitzt einem Behördenmitarbeiter gegenüber, der offenbar ihre Renten- oder Sozialansprüche prüft. Sie schildert ihm ihr Leben den Worten: *„Erst habe ich meine Kinder großgezogen, dann die Enkel, dann habe ich mich um Obdachlose und Arme gekümmert, und schließlich habe ich meinen alten Vater bis zuletzt gepflegt“*. Daraufhin stellt der Behördenmitarbeiter kurz und knapp fest: *„Sie haben also nicht gearbeitet“*.

Anrede

In diesem Punkt bin ich ganz eindeutig der Ansicht, dass es bei uns nicht sehr gerecht zugeht! Und es ist

unsere **Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, für derartige Schieflagen Lösungen zu entwickeln**. Ich glaube sogar, dass es **eine der Haupt-Aufgaben** von Politik ist. Denn Gerechtigkeit ist nicht das Steckenpferd von Gutmenschen – auch wenn es ärgerlicherweise manchmal so dargestellt wird. Sondern **Gerechtigkeit ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft zusammenhält und funktionieren kann**.

Und sie ist übrigens auch eine **Bedingung für Frieden und Wohlstand**: Wenn ich mich nicht auf einige Grundregeln, deren Einhaltung und deren Fairness verlassen kann – dann gehe ich doch z.B. mit niemandem mehr ein Geschäft ein. Und wenn das Engagement für familiäre oder ehrenamtliche Aufgaben nicht gewürdigt wird, dann brauchen wir uns auch nicht wundern, wenn das mittelfristig Konsequenzen hat. Das Vertrauen schwindet mehr und mehr, ebenso wie das Engagement für die gemeinsame Sache.

Dass es Aufgabe von Politik ist, für eine gerechte Gesellschaft zu sorgen, steht also fest. Aber wie das gelingen kann, das ist eine ganz andere Frage – einmal abgesehen davon, dass die Vorstellungen von „gerecht“

und „ungerecht“ von Mensch zu Mensch und von Partei zu Partei verschieden sind.

Gerechterweise muss man dazu sagen, dass den Möglichkeiten der Politik auch Grenzen gesetzt sind. Weder Regierungen noch Parlamente sind allmächtig – glücklicherweise – , und es gibt auch etliche Bereiche, in denen die Politik nicht ständig „hineinregieren“ sollte. **„Freiheit“ ist schließlich ein ebenso großer Wert wie „Gerechtigkeit“.**

Was Politik tun kann und tun muss, das ist, für die richtigen **Rahmenbedingungen** zu sorgen. Und eines muss dabei meiner Meinung nach zentral sein: Wir müssen möglichst umfassende **Teilhabemöglichkeiten** schaffen.

Das gilt erstens beim **Thema „Verteilungsgerechtigkeit“**. Es ist nach meiner Einschätzung nicht Aufgabe des Staates, für Gleichverteilung von Gütern zu sorgen – die Idee des Sozialismus ist vielleicht in der Theorie eine schöne Vorstellung, aber praktisch kann sie nicht funktionieren. Das haben die Menschen dort, wo der Sozialismus versucht wurde, schmerzhaft erfahren müssen.

Die Politik kann und muss aber dafür sorgen, dass die Parameter stimmen. Deshalb ist es zum Beispiel richtig, dass wir ein **Steuersystem** haben, bei dem die starken Schultern mehr tragen müssen als die schwachen. Und deshalb ist es richtig, dass bei uns im Sozialstaat das **Subsidiaritäts-Prinzip** gilt: Zunächst ist jeder dazu verpflichtet, im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst einen Beitrag zur Gesellschaft und für sein eigenes Leben zu leisten – aber wenn oder soweit er dazu nicht in der Lage ist, dann greift die Gemeinschaft ein, und zwar selbstverständlich.

Der Ansatz darf dabei meiner Meinung nach nicht der einer „Alimentierung“ sein. Es geht nicht um Almosen. Es geht darum, dass wir in einer gemeinsamen Gesellschaft aufeinander angewiesen sind und es eine **Frage nicht nur der Gerechtigkeit, sondern der Anständigkeit ist, auch die Schwächeren mitzunehmen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen.**

Zu denken gibt mir allerdings, **dass immer mehr Menschen auf Unterstützung angewiesen sind, obwohl sie arbeiten oder obwohl sie lange gearbeitet haben.** Das widerspricht meinem Gerechtigkeitsgefühl. Deshalb müssen wir überlegen, wie wir beim Thema

Löhne, beim Thema „prekäre Beschäftigung“ und beim Thema Rente für mehr Gerechtigkeit sorgen können, ohne der Wirtschaft und den Tarifparteien die Luft abzuschneiden. Ich denke an **Mindestlöhne**, damit Menschen nicht zwei oder drei Jobs gleichzeitig machen müssen, um ihre Familie zu ernähren. Und ich denke auch ganz besonders an die **Rente für Frauen**. Denn gerade bei der älteren Generation haben wir noch viele Fälle, die zwar ihr Leben lang gearbeitet haben – aber eben wie in der Karikatur „nur (ich sage das in Anführungs-Strichen!) für die Familie, zu Hause, für die Pflege von Angehörigen. Das ist aus meiner Sicht eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, und hier müssen wir dringend etwas tun. Das sind wir den Frauen und ihrer Leistung schuldig.

Anrede

Neben der **Generationengerechtigkeit** und der **Verteilungsgerechtigkeit** gibt es meiner Ansicht nach noch einen dritten Bereich, in dem die Politik ganz stark gefordert ist: Und das ist die **Chancengerechtigkeit**. Dazu gehört, dass sich Leistung lohnen muss; deshalb müssen wir zum Beispiel bei Steuer-Entscheidungen immer auch darauf achten, ob sie für Leistungsträger demotivierend wirken.

Zur Chancengerechtigkeit gehört aber auch und ganz zentral ein **Bildungssystem**, das jeden und jede mitnimmt. Das durchlässig ist und Defizite ausgleicht. Denn wir müssen jedem die Chance eröffnen, dank seiner Fähigkeiten ein „Leistungsträger“ zu werden. Wenn Kinder bei uns eine „Armut-Karriere“ machen, dann dürfen wir das nicht zulassen. Oder wenn sie als Berufswunsch „Hartz IV“ angeben, weil sie von zu Hause nichts anderes kennen. Da müssen wir uns einmischen. Chancengerechtigkeit meint, dass es eben keine Rolle spielen darf, wo ich hineingeboren wurde – wichtig muss sein, was ich kann.

Aber wer ist denn nun eigentlich verantwortlich dafür, wie gerecht unsere Gesellschaft ist?

Zum einen sind es sicherlich wir Politikerinnen und Politiker, um wie erwähnt die Rahmenbedingungen richtig zu gestalten. Dass offenbar ein Großteil der Menschen in Deutschland der Meinung ist, dass das der Politik nicht sehr gut gelingt, muss uns durchaus zu denken geben. Ein wesentlicher Punkt ist dabei sicherlich, dass wir uns noch mehr als bisher **international vernetzen** müssen, um „gerechte Politik“ durchsetzen

zu können. Denken Sie nur an die grenzüberschreitend agierenden Konzerne oder Banken. Kündigt die Politik in Deutschland an, die Regulierung der Finanzmärkte zu verschärfen, warnt garantiert ein Branchenverband vor dem Abzug des gesamten Geschäftszweigs. Wenn wir uns da als Politik nicht international zusammenschließen, etwa in der EU – dann funktionieren diese Drohgebärden.

Aber, meine Damen und Herren, **Gerechtigkeit ist keine Aufgabe, die wir exklusiv der Politik zuweisen können.** Das ist zwar manchmal ein einfacher Weg, wenn wir bei allen Ungerechtigkeiten der Politik den „Schwarzen Peter“ geben. Aber tatsächlich ist eine gerechte Gesellschaft nur dann möglich, wenn Sie alle bereit sind, Ihren Teil dazu beizutragen. **Wenn wir eine gerechte Gesellschaft durchsetzen und bewahren wollen, dann brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens** dafür, und dann brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung:

Wir brauchen **Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber**, die ihre Mitarbeiter zu ordentlichen Bedingungen beschäftigen – und zwar nicht deshalb, weil die Politik sie dazu zwingt, sondern weil sie davon überzeugt sind, dass das richtig ist. Wir brauchen **Gewerkschaften**, die sich

nicht nur für die eigenen Mitglieder stark machen, sondern immer auch z.B. die Arbeit-Suchenden im Blick haben. Wir brauchen **Vermieterinnen und Vermieter**, die ihre Wohnungen zu fairen Konditionen vermieten und nicht zu Höchstpreisen, nur weil das „der Markt“ hergibt.

Und wir brauchen tatsächlich **jeden Einzelnen**. Jeder von uns muss sich bei seinem Verhalten und auch bei seinen Gedanken immer wieder fragen: Ist das jetzt gerecht? Das gilt für unsere Urteile über angeblich „faule Hartz-IV-Empfänger“ genauso wie für Vor-Verurteilungen der „gierigen Banker“.

Und: Wir brauchen die KAB, die sich immer wieder und nachhaltig für die soziale Gerechtigkeit einsetzt,

Anrede,

Gerechtigkeit ist eine schwierige Aufgabe, aber wir erwarten sie als etwas Selbstverständliches. Ich glaube, wir dürfen Gerechtigkeit als etwas Selbstverständliches, als unser „gutes Recht“ betrachten – aber wir müssen alle dazu bereit sein, unseren Beitrag leisten.

Und wir sind uns einig: Demokratie braucht Gerechtigkeit. Sie ist die notwendige Grundlage einer gelingenden, stabilen Demokratie. Wir wissen aus bitteren Er-

fahrungen, dass dort, wo soziale Ungerechtigkeiten nach dem Empfinden einer Mehrheit unerträglich waren, die Demokratie auf höchste gefährdet war oder eben schlimmstenfalls auch zerstört wurde.

Was zu einem bestimmten Zeitpunkt für ungerecht oder gerecht gehalten wird, welche Ungleichheiten als erträglich oder unerträglich empfunden werden, lässt sich nicht festschreiben. Das bestimmt sich nach gesellschaftlichen Entwicklungen.

Angesichts von Globalisierung mit all ihren Chancen und Risiken sowie von demographischem Wandel sind für mich zum Beispiel Bildungs- und Familienpolitik zentrale Aufgaben von Gerechtigkeitspolitik.

Wir wissen alle, wie unterschiedlich und wie intensiv um Gerechtigkeit gerungen wird. Ein französischer Schriftsteller hat einmal treffend dazu gesagt: *„Es ist leicht, gut zu sein, aber es ist schwierig, gerecht zu sein.“*

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.